

Bericht aus Südafrika

Autor(en): **Molnar, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 9: **Marktwirtschaft heute**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162352>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gen handeln wird, bei denen schon die Abgrenzung des Themenkreises und die Aufstellung der Tagesordnung Schwierigkeiten bereiten.

Immerhin ist schon die Tatsache, dass die UdSSR sich nach langem Hin und Her wenigstens zur Aufnahme von Kontakten bereit erklärt hat, bereits als Hinweis darauf zu werten, dass Moskau für das Zustandekommen einer für beide Seiten vertretbaren Rüstungseinschränkung zum mindesten Interesse zeigt. Auch die Sowjetunion trägt schwer an ihrer Monsterrüstung, und es scheint logisch zu sein, dass auch die Machthaber im Kreml das Wettrennen mit den Vereinigten Staaten, das beide Supermächte in eine sich ständig aufwärts drehende Spirale gebracht hat, nicht unbegrenzt weiter mitmachen können ohne Abstriche auf andern Gebieten.

Über eine gewisse Strecke laufen die Interessen Amerikas und Russlands zweifellos parallel. Beide suchen sich der dauernden Steigerung einer ins Uferlose gehenden Rüstung und der damit verbundenen finanziellen Belastungen zu entledigen. Die Verflechtung der Rüstung mit allgemeinen politischen Problemen lässt beiden Supermächten jedoch nur einen *begrenzten Spielraum*. Man hat zwar vorsorglicherweise in Helsinki alle politischen Fragen ausgeklammert und will sich auf das rein Technische beschränken. Das bedeutet, dass man schon im vornherein wenig Hoffnung darauf setzte, in den grundsätzlichen politischen Streitpunkten in absehbarer Zeit zu irgend einer tragbaren Lösung zu

gelangen. Aber auch die technischen Aspekte bieten so viele Schwierigkeiten, dass es schwer fällt, mit einem raschen Fortschreiten der Gespräche in Helsinki zu rechnen, sobald sie sich einmal aus dem Bereich des Formalen auf konkrete Maßnahmen der Rüstungsbeschränkung hin bewegen.

Nixon hat zwar auch diese Gespräche gut vorbereitet und sich vor allem gegenüber seinen Verbündeten abgesichert, bei denen direkte sowjetisch-amerikanische Kontakte normalerweise Befürchtungen über ein auf ihre Kosten gehendes globales Arrangement zwischen Moskau und Washington erwecken. Dieses Trauma ist zwar noch nicht verschwunden, aber es äusserte sich dieses Mal kaum. Das mag mit den geänderten weltpolitischen Verhältnissen zusammenhängen; es deutet aber gleichzeitig darauf hin, dass kaum jemand mit raschen konkreten Ergebnissen dieser SALT-Konferenz (Strategic Arms Limitation Talks) rechnet. Es ist deshalb fraglich, ob die Administration Nixon, unter der diese Gespräche aufgenommen worden sind, die Früchte eines eventuellen positiven Ausganges der Unterhandlungen über eine Rüstungsbeschränkung noch wird geniessen können. Dass sie aber überhaupt eingeleitet wurden, ist ein zuversichtlicher Aspekt des ersten Jahres der Präsidentschaft Nixons, das bisher nur wenige der Erwartungen erfüllt hat, die letztes Jahr im Wahlkampf von einer neuen Administration erhofft wurden.

Fabius

BERICHT AUS SÜDAFRIKA

Vor Jahresfrist veröffentlichte der amerikanische Schriftsteller Alan Drury ein Buch – halb Roman, halb Tatsachenbericht –, das auf Beobachtungen des Verfassers in Südafrika beruht. Es erschien unter dem Titel «A Very Strange Society» – Eine sehr sonderbare Gesellschaft¹. Zwar liessen sich

heute eine ganze Reihe von Nationen mit dem Adjektiv «sonderbar» charakterisieren, nicht zuletzt auch die Vereinigten Staaten selbst. Meines Erachtens trifft dies aber vielleicht doch in erster Linie auf Südafrika zu. Denn hier wickelt sich ein völlig neuartiger Prozess im Aufbau einer Nation

ab. Die Öffentlichkeit des Westens weiss freilich nur wenig darüber, da der südafrikanische Staat sozusagen tabu erklärt wurde. Die Anhänger der Apartheid bringen ihm unbedingte Loyalität entgegen; in den Augen der Gegner bildet er Gegenstand des Abscheus. Die Wahrheit dürfte, wie in solchen Fällen üblich, irgendwo in der Mitte liegen.

Die «Apartheid» ist nicht das Hauptproblem

Möglicherweise werde ich auf beiden Seiten Anstoss erregen, wenn ich behaupte, dass die eigentliche Schwierigkeit, der sich Südafrika heute als *Nation* gegenübergestellt sieht, nicht im Verhältnis zwischen Weiss und Schwarz liegt. Dieses Problem scheint heute – wenn auch auf langsamen und gewundenen Pfaden – einer für alle Beteiligten annehmbaren Lösung entgegenzugehen. Ein viel grösseres Problem bildet die Existenz zweier sich befehdender Lager *innerhalb* der weissen Gesellschaft, nämlich der Afrikaander und der Engländer (oder der Anglophonen). In der Vergangenheit traten die Engländer als Eroberer auf, und zwar in militärischer, wirtschaftlicher und auch kultureller Hinsicht. Ihre Sprache verbreitete sich mit Leichtigkeit und wurde ganz selbstverständlich zum Kommunikationsträger zwischen Südafrika und der übrigen Welt. Die Briten erwiesen sich als erfinderischer und gewandter als die Afrikaander und schufen alle jene Institutionen und ungeschriebenen Verhaltensregeln, welche die Afrikaander, nachdem sie in den Besitz der Macht gelangt waren, zum System der «Apartheid» zusammenfassten. Bezeichnenderweise gaben die Briten diesem ganzen Geflecht von Gesetzen und Bestimmungen zur Regelung des Zusammenlebens der Rassen nie einen Namen. Seit jeher ganz auf das praktische Denken und Handeln ausgerichtet, wollten sie sich auch in dieser Angelegenheit weder im Inland noch von der Weltpresse gleichsam festnageln lassen.

Im Jahre 1948 errang die afrikaanische Nationalist Party einen Wahlsieg über ihren vorwiegend anglophonen Gegner, die

United Party, und übernahm die Regierung. Der Afrikaander Dr. Verwoerd erkannte die unheilverheissenden Vorzeichen des Rückzugs Grossbritanniens aus Afrika, löste sein Land aus dem Verband des Britischen Commonwealth heraus und rief 1961 die Republik aus.

Ich möchte hier einige Entwicklungstendenzen im englisch-afrikaanischen Verhältnis, wie sie nach 1948 zutage traten und sich seit 1961 akzentuierten, etwas näher beleuchten. Die Afrikaander haben sich im wahrsten Sinn des Wortes für die eineinhalb Jahrhunderte britischer Vorherrschaft gerächt. Während dieser Zeit hatten nur jene wenigen unter ihnen, die sich der britischen Lebensweise anpassten, Zugang zu höheren Regierungsämtern und zu Schlüsselpositionen im Wirtschaftsleben. Zudem waren bis vor kurzem die meisten Afrikaander immer noch in der Landwirtschaft tätig, während sich die Briten und die übrigen Einwanderer mehrheitlich in den Städten niederliessen und sich dem Handel und den höheren Berufen zuwandten. Heute – und dies beleuchtet nur eine der erwähnten Entwicklungstendenzen – «beherrschen» die Afrikaander die Regierung und die Verwaltung, weil sie mit *ihrer* Lösung für das Rassenproblem nicht nur fast die Gesamtheit der für die Nationalist Party stimmenden Afrikaander, sondern auch einen grossen Teil der Anglophonen für sich gewonnen haben. Dies ist in so ausgeprägtem Mass der Fall, dass die United Party – einst die Partei von Churchills Freund Jan Smuts und an sich eine Partei der Anglophonen – viele ihrer angestammten Wähler an die «Nats» verloren hat.

Die Afrikaander hoffen heute daher zuersichtlich, ihre *politische* Macht auf unbeschränkte Zeit hinaus halten zu können. Zudem erweisen sich die Nachkommen der früheren Farmer sehr gelehrig; sie setzen mit aussergewöhnlichem Eifer Geschäfts- und Industrieunternehmen in Gang und dehnen ihren wirtschaftlichen Einfluss in stärkstem Masse aus. Auf kulturellem Gebiet gereicht ihnen zwar der Welt-rang des Englischen als Verkehrs- und

Literatursprache zum Nachteil, aber sie pflegen ganz bewusst ihre eigene Sprache, das Afrikaans, indem sie Universitäten errichten und durchwegs auf dem völlig zweisprachigen Charakter des Landes, von Schulen und Radio über Strassenbezeichnungen bis zu den militärischen Kommandosprachen, bestehen.

Das Dilemma der Anglophonen

Ein zweites Hauptmerkmal der neuen Lage liegt darin, dass die Anglophonen jetzt ihrerseits unter dem Eindruck stehen, von den Afrikaandern dominiert zu werden. Für sie bedeutete die Handlungsweise Grossbritanniens, welches Afrika und damit den britischen Stolz ganz einfach preisgab und nicht einmal die Loslösung Südafrikas vom Commonwealth und der Krone zu verhindern vermochte, einen fürchterlichen Schlag! Die meisten von ihnen, wenn nicht gar alle, stimmten zwar 1961 tatsächlich für die Errichtung der Republik; sie taten es jedoch aus dem Gefühl der Verzweiflung heraus, besiegelte dieser Schritt doch die Durchtrennung ihrer Nabelschnur zu London. Da sie aber ihre Augen vor der Tatsache nicht verschliessen konnten, dass London die britischen Siedler in ganz Afrika im Stich liess und sie damit auf Gedeih und Verderb den unabhängigen schwarzafrikanischen Staaten auslieferte, war es ihnen überhaupt nicht mehr möglich, sich anders zu entscheiden. Seit den unseligen Kongowirren von 1960 bis zum heutigen Tag, da Weisse – auch solche, die das Bürgerrecht der betreffenden Staaten besitzen – aus Kenia, Sambia, Tansania und andern Ländern vertrieben und gelegentlich sogar massakriert werden, sahen die Anglophonen Südafrikas viele Engländer als Flüchtlinge in das Land einströmen und hörten von ihren schrecklichen Erlebnissen, ihrer wirtschaftlichen Unsicherheit und ähnlichen Dingen. Die ganze Entwicklung zwang den englischsprachigen Südafrikaner, sich mit einem neuen Schicksal zu solidarisieren: dem südafrikanischen und nicht mehr dem englischen.

Noch fällt es vielen schwer, sich mit der neuen Lage abzufinden, hauptsächlich aber den Intellektuellen, die sich in kulturellen Belangen den Afrikaandern überlegen fühlen und die in der Anhänglichkeit zu England die einzig mögliche Form des Widerstandes gegenüber dem aufstrebenden Afrikaanertum sehen. Die englischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften in Johannesburg und Kapstadt nützen diese Sehnsucht nach der versunkenen britischen Herrlichkeit nach Kräften aus. Sie tun dies in einem solchen Ausmass, dass sie heute nicht nur die Rolle «oppositioneller» Publikationsorgane erfüllen, die alles, was die Regierung der Nationalist Party tut oder vorschlägt, unbarmherzig bekämpfen. Man hat in der Tat oft den Eindruck, es handle sich hier überhaupt nicht mehr um südafrikanische Presseerzeugnisse. Sie lesen sich wie die in London erscheinenden grossen englischen Blätter und richten sich nach den Bedürfnissen und Interessen einer typisch englischen Leserschaft aus. Wer hier den Schein für bare Münze nehmen wollte, müsste zum Schluss gelangen, die anglophonen Südafrikaner interessierten sich ausschliesslich für britische Angelegenheiten oder höchstens noch für Neuigkeiten aus Amerika, denen die südafrikanische Presse immer mehr Spalten widmet, und sie würdigten auch Kontinentaleuropa kaum eines Blickes – und liessen sich in ihrem ganzen Verhalten von einem unauslöschlichen Hass gegen das von den Nationalisten regierte Südafrika leiten. Die englischsprachige jüdische Abgeordnete der linksgerichteten Progressive Party, Helen Suzman, erklärte in einem Interview, dass gewiss auch die südafrikanischen Interessen im Auge zu behalten seien, ungeachtet aller andern Rücksichten gebühre die Priorität aber dem Sturz der gegenwärtigen Regierung.

Jenseits von Afrikaandern und Anglophonen: eine neue Nation

Und noch eine dritte Tendenz zeichnet sich heute im öffentlichen Leben Südafrikas ab. Wie ich bereits oben festgestellt

habe, erobert die Nationalist Party, obgleich eine durch und durch von den Afrikaandern geprägte Partei, in jedem Wahljahr einen grösseren Teil des anglophonen Stimmenpotentials. Obwohl die englischsprachigen Zeitungen in breiten Kreisen gelesen werden, vermögen sie, wie man mir in Südafrika immer wieder versicherte, das Denken der Leute nicht entscheidend zu beeinflussen. Das Publikum zieht es vor, dem Radio Glauben zu schenken. Südafrika verfügt über kein Fernsehen, und die Rundspruchprogramme, die gleichermassen in den beiden Hauptsprachen und überdies in sieben afrikanischen Stammessprachen ausgestrahlt werden, geben jeweils die Ansichten der Nationalist Party wieder. Kurz, sowohl im Lager der Afrikaander als auch in jenem der Anglophonen findet sich eine an Zahl und Einfluss wachsende Gruppe, die Konflikte aus früheren Zeiten begraben will, so dass schliesslich eine geeinigte weisse südafrikanische Nation entstehen könnte. Neben dem Militärdienst kommt heute auch dem Geschäftsleben die Rolle eines Schmelztiegels zu. Hier ist es am ehesten möglich, die Einwanderer und ihre für die Zweisprachigkeit vorbereiteten Kinder zu integrieren. Viele sprechen sogar von einem dereinst möglichen Zusammenschluss der Nationalist Party und der United Party. Damit würde ein mächtiger mittlerer Block die politische Bühne beherrschen und sowohl die Progressive Party zur Linken als auch die konservativen Afrikaander zur Rechten auf einen fast bedeutungslosen Platz verweisen. Nur indem man ein für allemal den immer wieder aufflammenden Konflikt zwischen Engländern und Buren überwinde, so heisst es, könne eine mit sich selbst ins reine gekommene südfarikanische Nation mit Aussicht auf Erfolg zwei ihrer Hauptaufgaben anpacken, nämlich die Bewältigung des Rassenproblems im Innern und den Aufbau einer offenen und weitblickenden Aussenpolitik auf dem afrikanischen Kontinent und in der gesamten Welt. Es gibt heute viele Südafrikaner gemischter, das heisst englisch-afrikaanischer Herkunft, denen im besonderen Mas-

se die Rolle als Bindeglieder zwischen den beiden Gemeinschaften zufällt, da wo das gegenseitige Misstrauen noch weit verbreitet ist. Auch gibt es viele in der Politik, im Geschäftsleben und in höheren Berufen tätige Anglophonen, die bereit sind, eine Führung der Afrikaander in politischen Angelegenheiten anzuerkennen, selbst wenn dies – nach ihrem Ermessen für eine weitere Generation – ihren Ausschluss aus dem Kreis jener bedeutet, die politische Entscheidungen von grösserer Tragweite fällen. Das zeigt, wie wenig sich die Anglophonen vom Trauma, das ihnen der ruhmlose Rückzug der Briten zugefügt hat, erholt haben und in welchem Masse sie sich durch die Errungenschaften der Afrikaander in den vergangenen 25 Jahren beeindruckt lassen.

Südafrikas Bedeutung

Der europäische Leser sollte die Wichtigkeit dieser Erscheinungen innerhalb der «sehr sonderbaren Gesellschaft» des heutigen Südafrika auf keinen Fall unterschätzen. Er sollte die drei Entwicklungstendenzen, die ich in diesem Beitrag darzustellen versucht habe, nicht als unwesentlich betrachten und sich der Meinung hingeben, sie seien weiter nichts als der Ausfluss innenpolitischer Händel eines weitentfernten, wenn auch «kontroversen» Landes. Heute ist Südafrika der führende Staat des gesamten südafrikanischen Gebietes. Sein gewaltiger Reichtum, sein noch grösseres Zukunftspotential und vor allem seine unbedingte Entschlossenheit, allen Widerständen zum Trotz auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten, erheischen Aufmerksamkeit. Und noch ein weiterer Gesichtspunkt sei hier erwähnt: In unserer Welt von heute und von morgen, in welcher Klassenunterschiede und Klassenkämpfe voraussichtlich abklingen und ethnische Differenzen sowie Rassenkonflikte das politische Geschehen immer stärker beeinflussen werden, tun wir zweifellos gut daran, die Anstrengungen der verschiedenen ethnischen Gruppen in dieser

Gegend nach einem Modus vivendi aufmerksam zu verfolgen.

Selbstverständlich lassen sich die Schritte, die in *einem* Teil der Welt zur Bewältigung dieser Aufgabe getan werden, in einem andern Teil nicht einfach nachahmen. Ich wage sogar zu behaupten, dass Südafrika, gerade *weil* es heute – wenn auch weitgehend infolge unzutreffender Berichterstattung – die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zieht, sich veranlasst sehen könnte, die eigene Entwicklung in Richtung eines solchen Modus vivendi möglichst voranzutreiben. Dabei könnte sogar der Fall eintreten, dass es andere Länder, die nicht so sehr im Brennpunkt des Weltinteresses stehen und die die Lösung ähnlicher innerer Probleme verschleppen, hinter sich zurück lässt.

Widersprüchliche Erscheinungen

Ich habe mich bisher dreimal während längerer Zeit in Südafrika aufgehalten und möchte nicht behaupten, dass meine Ansichten in allen Dingen mit den dort geläufigen übereinstimmen. Gewiss beweisen die Wahlergebnisse, dass sich ein stets wachsender Teil der anglophonen Wählerschaft für die von den Afrikaändern dominierte Nationalist Party entscheidet. Dies kommt allerdings noch nicht einem eindeutigen Indiz für die Loyalität der Anglophonen gegenüber den Nationalisten gleich. Möglicherweise findet darin nur die Tatsache ihren Ausdruck, dass während der Regierungszeit dieser Partei ein steiler Aufstieg des Lebensstandards zu verzeichnen war und dass auch ein grosser Teil der Anglo-

phonen zur Einsicht gelangt ist, dass das Programm der getrennten Entwicklung der Rassen, welche die südafrikanische Nation ausmachen, zwar nicht völlig fehlerfrei ist, dass ihm aber bis heute noch keine brauchbare Alternativlösung entgegengestellt werden kann. Die Anglophonen anerkennen vielleicht ganz einfach diese Tatsache, obwohl sich die Afrikaänder gerne zum Schluss verleiten lassen, sie hätten die vormaligen Gegner auf ihre Seite hinüberzuziehen vermocht.

Dies sind einige der widersprüchlichen Erscheinungen, die ich in dieser «sehr sonderbaren Gesellschaft» gefunden habe. Aber vielleicht handelt es sich dabei weniger um Widersprüche als um tägliche Herausforderungen, denen sich die gesamte Nation angesichts der gebieterischen Notwendigkeit, eine Lösung für das Rassenproblem zu finden, gegenübergestellt sieht. Die Verwirklichung des Zusammenlebens verschiedener Rassen und Volksgruppen erweist sich auf allen Kontinenten immer mehr als ein erstrangiges Politikum, und zwar auch in Europa, wie sich aus den Beispielen von England, Belgien und Irland ersehen lässt. Während aber Nationen ohne Probleme Gefahr laufen, langsam einzuschlafen, sieht sich Südafrika gezwungen, nach neuen Antworten zu suchen – und dabei wach und regsam zu bleiben.

Thomas Molnar

¹ Vgl. auch die Besprechung dieses Buches durch Botschafter Dr. Franz Kappeler in: Schweizer Monatshefte, 49. Jg. (1969/70), Heft 2, S.208–215 (Red.).

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Das Hauptereignis des Monats – eine Daueraufgabe

Das politische Hauptereignis des Monats hat es in sich, auf Monate, wenn nicht Jahre hinaus zu einem öffentlichen Hauptthema zu werden: die Einleitung einer Ent-

scheidung über die Aufhebung oder Beibehaltung der konfessionellen Ausnahmeregelungen, soweit sie die katholische Kirche betreffen. In seinem Rundschreiben vom 17. November hat der Bundesrat die Kantonsregierungen, Parteien, Kirchen und weitere interessierte Kreise eingeladen,